

Sitzung vom 10. Mai 2006

690. Interpellation (Personalkosten der kantonalen Verwaltung)

Die Kantonsräte Werner Hürlimann, Uster, und Werner Bosshard, Rüm-
lang, haben am 27. Februar 2006 folgende Interpellation eingereicht:

In der Bevölkerung besteht immer mehr die Wahrnehmung, dass die
kantonale Verwaltung (Kernverwaltung) immer teurer werde. Die Mass-
nahmen des Sanierungsprogramms würden so angelegt, dass sie die
Bevölkerung spüre, verwaltungsintern aber wenig verändert werde. Die
entsprechenden Bereiche sind im Staatskalender 2005/2006 aufgeführt:

- Staatskanzlei: S. 63 bis 65
- Direktion der Justiz und des Innern: S. 71 bis 100
- Direktion für Soziales und Sicherheit: S. 115 bis 126 Abt. Zusatz-
leistungen
- Finanzdirektion: S. 133 bis 148 Quellensteuer
- Volkswirtschaftsdirektion: S. 157 bis 170
- Gesundheitsdirektion: S. 183 bis 186; S. 189 Kantonszahnärztlicher
Dienst, S. 191; Kantonsapotheke / Verwaltung bis S. 193
- Bildungsdirektion: S. 227 bis 234 Lehrmittelverlag
- Baudirektion: S. 261 bis 287 Strasseninspektorat; S. 291 Dienste bis
292.

Wir stellen daher folgende Fragen zu den oben erwähnten Bereichen:

1. Wie gross war die Lohnsumme der aufgeführten kantonalen Ange-
stellten ohne Regierungsmitglieder in den Jahren 2000, 2003 und
2005 in den einzelnen Direktionen?
2. Wie viele Stellen beanspruchte jede einzelne Direktion (ohne Regie-
rungsmitglieder) in den entsprechenden Jahren?
3. Wie gross war das Durchschnittsgehalt in den einzelnen Direktionen
(ohne Regierungsmitglieder) 2000, 2003 und 2005?
4. Wie viele bewilligte Stellenprozente waren in den einzelnen Direk-
tionen in den angegebenen Bereichen nicht besetzt?
5. Welcher Betrag wurde in den einzelnen Direktionen für extern ver-
gebene Aufgaben in den Jahren 2000, 2003 und 2005 ausgegeben?

Auf Antrag der Finanzdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Interpellation Werner Hürlimann, Uster, und Werner Bosshard, Rümlang, wird wie folgt beantwortet:

Die Fragen der vorliegenden Interpellation beziehen sich auf ausgewählte Bereiche der Direktionen und der Staatskanzlei, die anhand des Staatskalenders 2005/2006 definiert wurden. Im Folgenden wird aufgeführt, welche Ämter und Leistungsgruppen von der Beantwortung der Fragen somit ausgeschlossen werden oder zusätzlich zur üblichen Darstellung der Direktionen im Geschäftsbericht hinzukommen:

- Staatskanzlei: alle Bereiche ohne Regierungsrat
- Direktion der Justiz und des Innern: alle Ämter ohne die Baurekurskommissionen, die Steuerrekurskommissionen, die Bezirksratskanzleien und die Kirchen
- Sicherheitsdirektion: alle Ämter ohne die Statthalterämter.
- Finanzdirektion: alle Ämter, einschliesslich der unselbstständigen Unternehmung Beamtenversicherungskasse
- Volkswirtschaftsdirektion: alle Ämter und Betriebe einschliesslich der unselbstständigen Unternehmungen Zürcher Verkehrsverbund und Arbeitslosenkasse
- Gesundheitsdirektion: Die Fragen beziehen sich auf die Leistungsgruppen Steuerung der Gesundheitsversorgung und Aufsicht und Bewilligungen sowie auf die Kantonsapotheke. Ausgenommen werden die Spitäler, Kliniken, Heime und die Zentralwäscherei, also die Leistungsgruppen Somatische Akutversorgung und Rehabilitation sowie Psychiatrische Versorgung. Die Kantonsapotheke kann bei den folgenden Antworten nicht berücksichtigt werden, da diese Bestandteil der Leistungsgruppe Somatische Akutversorgung und Rehabilitation ist und die Ergebnisse der Jahresrechnung jeweils pro Leistungsgruppe ausgewiesen werden.
- Bildungsdirektion: Die Fragen beziehen sich auf die Leistungsgruppen Bildungsverwaltung und Lehrmittelverlag. Ausgenommen sind die Lehrpersonen der Volksschulen, der Mittelschulen, der Berufsschulen sowie der Gesundheitsschulen. Da sich die Anfrage in erster Linie auf die Kernverwaltung bezieht, werden zudem die Mitarbeitenden der Bezirksjugendsekretariate sowie der Gehörlosenschule, welche zum Amt für Jugend- und Berufsberatung gehören, von der Beantwortung ausgenommen. Berücksichtigt wird hingegen die Verwaltung des Amtes für Jugend- und Berufsberatung, die Teil der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung ist.
- Baudirektion: alle Ämter und Betriebe

Den Ausgangspunkt bildet die im Rechnungsjahr 2005 bestehende Struktur der Direktionen der kantonalen Verwaltung. Betriebe, die in früheren Jahren Teil einer Direktion waren, wie die Flughafendirektion, die Finanzkontrolle oder die Fernwärmeversorgung, werden nicht mehr berücksichtigt. Die Grundlage für die Beantwortung der folgenden Fragen bilden die Geschäftsberichte, die Personal- und Lohnstatistiken sowie die Rechnungen der Jahre 2000, 2003 und 2005.

Zu Frage 1:

Die Lohnsumme der oben definierten Bereiche der Direktionen und der Staatskanzlei enthält neben den Vergütungen für die kantonalen Angestellten auch die Löhne von Ausbildungsfunktionen, Praktikanten und Aushilfen. Nicht in der Lohnsumme enthalten sind Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen, Pensionskassen, Aufwendungen für die Weiterbildung des Personals und weitere Elemente des Personalaufwandes.

Lohnsumme in Mio. Fr.	2000	Abw. 00/03	2003	Abw. 03/05	2005
Staatskanzlei	6,1	21,3%	7,4	4,1%	7,7
Direktion der Justiz und des Innern	122,6	18,3%	145,0	2,1%	148,0
Sicherheitsdirektion	304,0	21,2%	368,4	0,4%	370,0
Finanzdirektion	84,7	12,6%	95,4	1,0%	96,4
Volkswirtschaftsdirektion	56,0	60,0%	89,6	3,1%	92,4
Gesundheitsdirektion	19,0	11,1%	21,1	0,5%	21,2
Bildungsdirektion	34,9	8,6%	37,9	0,3%	38,0
Baudirektion	110,6	9,8%	121,4	-5,8%	114,4

Gemäss den Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme hätte sich diese in den Jahren 2000 bis 2003 um 7,2% und in den Jahren 2004 und 2005 um 2,4% erhöhen sollen. Diese Vorgaben umfassen die ausgerichteten Teuerungszulagen, die Beförderungsquote, den zuletzt im Jahr 2001 gewährten Stufenanstieg sowie die Rücknahme der Lohnsenkung um 3% per Juli 2000. Die Lohnsummenentwicklungen der einzelnen Direktionsbereiche, welche die genannten Vorgaben übersteigen, sind in erster Linie auf Stellenübernahmen und Stellenvermehrungen zurückzuführen.

Zu Frage 2:

Die Anzahl beanspruchter Stellen wird gemäss Beschäftigungsumfang angegeben. Der Beschäftigungsumfang umfasst die Gesamtzahl aller während des Jahres Beschäftigten und wird in Personaleinheiten ausgewiesen. Als volle Personaleinheit gilt eine Anstellung vom 1. Januar bis 31. Dezember bei einem Beschäftigungsgrad von 100%. Im Geschäftsbericht wird der Beschäftigungsumfang jeweils in zwei Rubriken, Ange-

stellte und übriges Personal, ausgewiesen. Da es sich beim übrigen Personal in erster Linie um Ausbildungsfunktionen und Aushilfen handelt, beschränkt sich die folgende Tabelle auf den Ausweis des Beschäftigungsumfangs der Angestellten der definierten Direktionsbereiche.

Beschäftigungsumfang Angestellte	2000	Abw. 00/03	2003	Abw. 03/05	2005
Staatskanzlei	59	10,2%	65	0,0%	65
Direktion der Justiz und des Innern	1208	12,3%	1356	0,1%	1358
Sicherheitsdirektion	3156	9,4%	3551	0,3%	3563
Finanzdirektion	822	5,1%	864	1,0%	873
Volkswirtschaftsdirektion	565	65,0%	932	3,0%	960
Gesundheitsdirektion	163	11,0%	181	-4,4%	173
Bildungsdirektion	284	3,9%	295	-4,7%	281
Baudirektion	1116	10,1%	1229	-7,8%	1133

2005 sank sich der Beschäftigungsumfang gegenüber 2003 bei den definierten Bereichen der Gesundheitsdirektion, der Bildungsdirektion und der Baudirektion. Dieser Stellenabbau erfolgte wesentlich auf Grund der Massnahmen des Sanierungsprogrammes 04. In der Staatskanzlei wurde 2003 die *wif!*-Projektstelle e-Government übernommen. Diese Stellenübernahme wurde durch einen Stellenabbau im Rahmen des Sanierungsprogrammes 04 kompensiert. Die Stellenvermehrung bei der Direktion der Justiz und des Innern bis 2003 wurde in erster Linie zur Entlastung der Strafverfolgung und auf Grund überbelegter Gefängnisse vorgenommen. Im Rahmen des Sanierungsprogrammes 04 wurden insbesondere beim Amt für Justizvollzug Stellen abgebaut. Dieser Stellenabbau wurde durch erforderliche zusätzliche Stellen beim Gemeindeamt und beim Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen kompensiert. Diese Stellenvermehrung erfolgte auf Grund der dadurch erzielten zusätzlichen Einnahmen überwiegend saldoneutral. Der Anstieg des Beschäftigungsumfangs der Finanzdirektion 2005 erfolgte auf Grund von 30 zusätzlichen Revisoren-Stellen im Steueramt sowie weiterer fünf Steuerkommissär-Stellen, die im Rahmen des Sanierungsprogrammes 04 geschaffen wurden. Der Anstieg des Beschäftigungsumfangs der Volkswirtschaftsdirektion ist bis 2003 auf die Übernahme der RAV der Städte Zürich, Uster und des Bezirks Affoltern sowie auf die gestiegene Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Diese Stellen sind für den Kanton saldoneutral, da deren Kosten durch den Bund vollumfänglich rückerstattet werden. Bis zum Jahr 2005 wurden weitere Stellen wegen des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und im Rahmen der Neuorganisation der arbeitsmarktlichen Aufgaben im Ausländerrecht geschaffen. Diese Stellenvermehrung wurde teilweise kompensiert durch einen

Stellenabbau beim Amt für Landschaft und Natur auf Grund des Sanierungsprogrammes 04. In der Sicherheitsdirektion bleibt der Beschäftigungsumfang von 2003 bis 2005 insgesamt konstant.

Zu Frage 3:

Das Durchschnittsgehalt wurde gemäss dem Grundlohn des im Monatslohn angestellten Personals der definierten Direktionsbereiche berechnet. Der Grundlohn besteht in der tatsächlichen Einreihung nach Lohnklasse und Stufe der angestellten Personen. Da für 2000 die Daten nur mit sehr grossem zeitlichem Aufwand hätten ermittelt werden können, wurde auf den Ausweis dieser Durchschnittsgehälter verzichtet.

Durchschnittliche Lohnsumme in Fr.	2003	Abw. 03/05	2005
Staatskanzlei	112 759	1,9%	114 906
Direktion der Justiz und des Innern	102 747	1,1%	103 843
Sicherheitsdirektion	103 701	0,2%	103 912
Finanzdirektion	106 659	1,6%	108 352
Volkswirtschaftsdirektion	92 083	1,6%	93 541
Gesundheitsdirektion	104 986	-0,6%	104 311
Bildungsdirektion	108 525	1,6%	110 297
Baudirektion	94 386	3,3%	97 519

Zu Frage 4:

Die folgenden Tabellen enthalten die bewilligten Stellenprozentage sowie die Stellenplanauslastungen der definierten Direktionsbereiche.

Stellenplanauslastung	Stellenplan per 31.12. 2000			Stellenplan per 31.12.2003			Stellenplan per 31.12.2005		
	Soll	Ist	Auslastung	Soll	Ist	Auslastung	Soll	Ist	Auslastung
Staatskanzlei	61	59,8	98,0%	75,5	72,8	96,4%	67,3	63,2	93,9%
Direktion der Justiz und des Innern	1287,7	1257,2	97,6%	1335,6	1332,2	99,7%	1332,2	1354,3	101,7%
Sicherheitsdirektion	3023,6	2803,1	92,7%	3289,6	3136,3	95,3%	3286,8	3108,7	94,6%
Finanzdirektion	871,2	827,0	94,9%	900,4	850,8	94,5%	939,3	853,9	90,9%
Volkswirtschaftsdirektion	705,3	581,5	82,5%	888,7	976,6	109,9%	1107,8	938,1	84,7%
Gesundheitsdirektion	179,2	165,1	92,1%	177,1	176,8	99,8%	173,8	170,7	98,2%
Bildungsdirektion	295,6	286,7	97,0%	317,3	305,6	96,3%	305,9	294,7	96,3%
Baudirektion	1318,2	1150,2	87,3%	1343,3	1201,1	89,4%	1214,6	1097,9	90,4%

Die Angaben zur Stellenplanauslastung sind stichtagsbezogen und insofern eine Momentaufnahme. Es entspricht den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Verwaltungstätigkeit, Stellenpläne nicht zu jedem Zeitpunkt voll auszulasten. Umgekehrt kann bei Bedarf ein Stellenplan für einen klar befristeten Zeitraum überbelegt werden. Gemäss §3 der Vollzugsverordnung zum Personalrecht (LS 177.111) sind Stellenpläne regelmässig zu überprüfen. Entsprechend sind Unterbelegungen von Stellenplänen von mehr als 10% im Geschäftsbericht durch die Direktionen zu begründen. Die Unterbelegung des Stellenplanes der Volkswirtschaftsdirektion im Jahr 2005 ist auf tiefere Arbeitslosenzahlen zurückzuführen.

Im Rahmen des Stellenabbaus des Sanierungsprogramms 04 überwacht das Personalamt zusätzlich die entsprechenden Anpassungen der Stellenpläne.

Zu Frage 5:

Extern vergebene Aufgaben werden über das Konto Dienstleistungen Dritter verbucht. Dabei handelt es sich um ein Sammelkonto, das in erster Linie Arbeits- und Beratungsleistungen von Drittpersonen umfasst, aber auch für die Verbuchung von Gebühren, Frankierungen und ähnlichen Aufwendungen verwendet wird. Im Rahmen der bestehenden Organisation des Rechnungswesens werden die unselbstständigen Unternehmungen Beamtenversicherungskasse, Arbeitslosenkasse und Zürcher Verkehrsverbund nicht in der Staatsrechnung ausgewiesen. Sie sind daher beim Ausweis der entsprechenden Aufwendungen der Finanzdirektion und der Volkswirtschaftsdirektion nicht berücksichtigt.

Aufwand in Mio. Fr.	2000	abw. 00/03	2003	abw. 03/05	2005
Staatskanzlei	2,7	-3,7%	2,6	-23,1%	2,0
Direktion der Justiz und des Innern*	17,4	2,9%	17,9	-19,6%	14,4
Sicherheitsdirektion	14,6	31,5%	19,2	1,6%	19,5
Finanzdirektion	10,9	3,7%	11,3	29,2%	14,6
Volkswirtschaftsdirektion	8,4	92,9%	16,2	5,6%	17,1
Gesundheitsdirektion	2,4	-12,5%	2,1	14,3%	2,4
Bildungsdirektion	8,2	20,7%	9,9	15,2%	11,4
Baudirektion	17,1	14,0%	19,5	8,7%	21,2

* Ohne Beiträge für den Vollzug der jugendstrafrechtlichen Massnahmen

Die Aufwendungen beim Konto Dienstleistungen Dritter sind naturgemäss bestimmten Schwankungen unterworfen, da zahlreiche Kosten, die im Rahmen von Projekten anfallen, diesem Konto belastet werden. In der Finanzdirektion erhöhten sich in den Jahren 2004 und 2005 die Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter wegen der Massnahme des Sanierungsprogrammes 04 zur Konzentration des Steueramtes auf

einen Standort und auf Grund eines Projektes zur Einführung einer neuen Rechnungslegung. In der Volkswirtschaftsdirektion steigen die Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter von 2000 bis 2005, da im Rahmen der Stellenübernahmen der RAV der Städte Zürich und Uster sowie des Bezirks Affoltern und auf Grund des Anstiegs der Arbeitslosigkeit mehr Stellensuchende betreut und somit eine grössere Anzahl an Kursen und Programmen für die Stellensuchenden finanziert wurden. Diese Mehraufwendungen sind jedoch saldoneutral, da die Kosten für den Vollzug des AVIG vom Bund rückerstattet werden. Bei der Bildungsdirektion bewirkten Beiträge an die Erziehungsdirektorenkonferenz für gesamtschweizerische Projekte sowie kantonale Projekte im Bereich der Berufsschulen und der Fachhochschulen höhere Aufwendungen in den Jahren 2000–2005. Die Aufwendungen der Baudirektion erhöhten sich 2005 auf Grund von Planungen Dritter im Zusammenhang mit dem Polizei- und Justizzentrum.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Finanzdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi